

## **Harener Erklärung für eine wettbewerbsstarke Industrie im Wirtschaftsraum Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim**

Die deutschen Industrieunternehmen

- erwirtschaften 23 Prozent der Bruttowertschöpfung und stellen 17 Prozent aller Arbeitsplätze. 53 Prozent aller Fachkräfte in den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) sind hier beschäftigt.
- investieren 87 Prozent der FuE-Ausgaben und 74 Prozent der Innovationsaufwendungen. Das sind im internationalen Vergleich sehr hohe Anteile.
- stellen 72 Prozent der deutschen Exporte. Durch diese hohe Auslandsorientierung partizipiert Deutschland am Wachstum in allen Regionen der Welt.
- unterhalten 70 Prozent der industriellen Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Die Industrie leistet somit einen wichtigen Beitrag zur regionalen Entwicklung.

Auch zum Erfolg der Region Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim liefern die Industrieunternehmen einen überdurchschnittlich hohen Beitrag: Ihr Anteil an der Bruttowertschöpfung liegt sogar noch über dem niedersächsischen und bundesweiten Durchschnitt und ihr Anteil an den Erwerbstätigen ist ebenfalls höher.<sup>1</sup>

Die regionalen Industrieunternehmen schaffen hochwertige Arbeitsplätze, sichern überdurchschnittliche Einkommen und sorgen für stetige Innovation, auch in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen.

Bei Investitionsentscheidungen setzen die Industrieunternehmen auf ihren Rückhalt in der Region: in der Politik, in der Verwaltung und bei den Bürgerinnen und Bürgern. Rückhalt und Unterstützung für die Belange der Industrie sind deshalb Grundvoraussetzungen für eine weiter positive Entwicklung.

Gleichzeitig suchen die Industrieunternehmen aktiv den Dialog, informieren über ihre Planungen und berücksichtigen im Rahmen ihrer Möglichkeiten konstruktive Rückmeldungen zu ihren Vorhaben. Sie schaffen Transparenz, um Vertrauen zu gewinnen und zu erhalten.

Im Sinne des „Ehrbaren Kaufmanns“ werden die Industrieunternehmen auch in Zukunft ihren Teil der Verantwortung für den Erfolg des Wirtschaftsstandortes übernehmen.

Damit dies gelingt, müssen die **politischen Rahmenbedingungen** stimmen. Hier sind aus Sicht der Industrieunternehmen aktuell folgende sechs Handlungsfelder vorrangig:

---

<sup>1</sup> Dies belegt u. a. die Studie „Bedeutung der Industrie im Wirtschaftsraum Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim“ von IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW), abrufbar unter: [www.industrie-ist-zukunft.de](http://www.industrie-ist-zukunft.de)

## 1. Energie

Die deutsche Energiepolitik setzt ambitionierte Ziele für die künftige Energieversorgung der Wirtschaft: Mittelfristig soll die Erzeugung aus erneuerbaren Energien die dominierende Energiequelle sein. Die Verfügbarkeit dieser Energien ist allerdings schwankend. Eine sichere und gleichzeitig bezahlbare Energieversorgung ist Grundvoraussetzung für gesellschaftlichen Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung der Industrieunternehmen.

Damit die Industrieunternehmen im internationalen Wettbewerb bestehen können:

- müssen Fehlsteuerungen der Energiewende beendet werden, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Industrie gefährden, insbesondere müssen staatliche Zusatzbelastungen reduziert, Instrumente besser aufeinander abgestimmt und der Bürokratieaufwand reduziert werden.
- müssen zur jederzeitigen Sicherheit der Versorgung mit elektrischer Energie der kosteneffiziente Ausbau der Strom-Übertragungsnetze auch in dieser Region zügig erfolgen und innovative Technologien zur Einsparung, Erzeugung und Speicherung weiter entwickelt werden.
- muss Rechtssicherheit auch im Hinblick auf Energiesteuern und -abgaben zur Absicherung getätigter Investitionen gewährleistet sein.

## 2. Infrastruktur

Eine leistungsfähige Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur ist eine weitere Grundvoraussetzung für funktionierende Wertschöpfungsketten in der Industrie sowie in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftszweigen. Deren Bedeutung wird infolge der fortschreitenden Digitalisierung weiter zunehmen.

Die flächendeckende Verfügbarkeit schneller Breitbandverbindungen ist Voraussetzung für erfolgreiches Wirtschaften. Dies gilt mit Blick auf „Industrie 4.0“ auch und insbesondere für die Industrieunternehmen. Das Ziel der Bundesregierung, bis zum Jahr 2018 flächendeckend eine Versorgung mit mindestens 50 Megabit pro Sekunde (Mbit/s) zu erreichen, muss mit Nachdruck umgesetzt werden. Für die Standorte, bei denen dieses technisch oder wirtschaftlich mit Glasfaser nicht möglich ist, müssen Alternativen, zum Beispiel Richtfunk, geprüft werden.

Bei der Verkehrsinfrastruktur gilt zukünftig „Erhalt vor Ausbau“. Das prognostizierte Verkehrswachstum lässt sich auf den vorhandenen Netzen von Straßen, Schienen und Wasserstraßen allerdings nicht realisieren. Vorrangige Ausbauprojekte sind auch aus Sicht der Industrieunternehmen dabei:

- der vierstreifige Ausbau der E 233 zwischen Meppen und Cloppenburg,
- der Lückenschluss der A 33 in Richtung Bielefeld und Bremen,
- der sechsstreifige Ausbau der A 30 im Großraum Osnabrück,
- der durchgängig viergleisige Ausbau der Bahnstrecke Minden-Hannover,
- der Ausbau der Nordstrecke des Dortmund-Ems-Kanals für das übergroße Großmotorgüterschiff.

Ferner sind aus Sicht der Industrieunternehmen ebenso wichtig:

- die Stärkung des Flughafens Münster Osnabrück (FMO) als Anschluss an die Metropolen der Welt,
- eine flächendeckende Freigabe von Strecken für Lang-LKW.

### **3. Innovation**

Die Industrie ist - z. B. gemessen an den Ausgaben für Forschung und Entwicklung oder an der Zahl der Patentanmeldungen - der Innovationstreiber schlechthin.

Damit speziell die Industrieunternehmen der Region ihre Innovationstätigkeiten weiter ausbauen können:

- müssen Gründungen im Bereich der industrienahen Dienstleistungen (z. B. Forschungs- und Entwicklungsdienstleistungen und Produktdesign) forciert werden.
- müssen Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen noch effektiver mit der Wirtschaft vernetzt und weitere Spitzenforscher und Forschungseinrichtungen für die Region interessiert werden.
- müssen gerade kleine und mittlere Betriebe des produzierenden Gewerbes bei der Neuausrichtung öffentlicher Förderprogramme besonders berücksichtigt werden.

### **4. Fachkräfte**

Der Fachkräftemangel ist in den kommenden Jahren wegen des bereits spürbaren demografischen Wandels die zentrale Herausforderung für die niedersächsischen Unternehmen.

Damit auch Industrieunternehmen in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Zugang zu ausreichend Fachkräften haben:

- muss die duale Ausbildung Vorfahrt haben vor einem Verbleib der Jugendlichen in schulischen Übergangssystemen.
- muss die Technikorientierung in allen Phasen der vorschulischen und schulischen Bildung unterstützt und die Berufsorientierung an den Schulen gerade in gewerblich-technischen Bereichen gezielter ausgebaut werden.
- müssen alle Potenziale des Arbeitsmarktes erschlossen werden. Insbesondere müssen der Erwerbsanteil von Älteren und Frauen gesteigert sowie Fachkräfte aus dem Ausland gewonnen und ihre Integration auch politisch stärker gefördert werden.

### **5. Internationalisierung**

Die Erfolge der regionalen Industrie beruhen zu einem erheblichen Teil auch auf der konsequenten Erschließung ausländischer Märkte. Nicht zuletzt deshalb ist die Exportquote im IHK-Bezirk in den vergangenen 15 Jahren um mehr als zehn Prozentpunkte gestiegen.

Damit dieser Erfolgskurs der Industrieunternehmen im Export beibehalten werden kann:

- müssen offene Märkte erhalten bleiben. Das Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA (TTIP) sollte wegen seiner Signalwirkung zügig und unter Wahrung der Interessen der mittelständischen Unternehmen in Deutschland zum Abschluss gebracht werden. Gleichzeitig dürfen Märkte wie Russland, die für die Region mittlerweile hohe Bedeutung haben, nicht vernachlässigt werden. Daher ist insbesondere eine schnelle Entspannung im Russland-Konflikt anzustreben.
- müssen Visavergabe und Außenwirtschaftsrecht entbürokratisiert und harmonisiert werden. Insbesondere bei Anträgen auf exportkontrollrechtliche Bescheide sind gleiche und faire Wettbewerbsbedingungen sicherzustellen.
- müssen Ursprungsrecht und Verbraucherschutz getrennt bleiben. Die von der EU geplante Kennzeichnungspflicht für Produkte mit dem Herkunftsland ist bürokratisch und bietet dem Verbraucher keinen Nutzen.

## **6. Bürokratieabbau**

Unternehmen können dann dynamisch wachsen, wenn sie nicht durch unnötige und schwerfällige Regulierung behindert werden. Während auf der einen Seite immer wieder neuer Bürokratieaufwand entsteht, tritt auf der anderen Seite der Abbau überflüssiger Vorschriften in Deutschland derzeit eher auf der Stelle.

Damit die Bürokratielasten sinken und auch die Industrieunternehmen von Ballast befreit werden:

- muss mehr Mut zu weniger Regeln aufgebracht und Bürokratie frühzeitig vermieden werden. Die Bundesregierung sollte sich nach Erreichen des ersten 25%-Abbauziels ehrgeizigere Abbauziele setzen. Vor allem Bürokratiekosten durch Informationspflichten und der Erfüllungsaufwand dürfen nicht weiter steigen.
- müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, dass mehr Unternehmen eine zeitnahe Betriebsprüfung (z. B. als Jahrestaktprüfung) ermöglicht wird.
- muss E-Government konzentriert vorangebracht werden. Elektronische Verwaltungsdienstleistungen müssen auf allen föderalen Ebenen nach einheitlichen Standards umgesetzt werden. Es darf nicht sein, dass Industrie 4.0 auf E-Government 0.4 trifft!

## **Unsere Region hat mit ihrer Industrie eine große Zukunft!**

Politik, Verwaltung und Gesellschaft sollten daher stets nach dem Prinzip handeln, dass sie die Industrieunternehmen bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen am Standort Osnabrück-Emsland-Grafschaft Bentheim unterstützen.

Osnabrück, 14. Juli 2015